

Ä1 Arbeitskampf mutig führen: Achtstundentag verteidigen!

Antragsteller*in: KV's Altenburger Land, Gera, Greiz & WE/WL

Änderungsantrag zu C1

Von Zeile 1 bis 15:

~~Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Bundestagsfraktion, die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Bärbel Bas und die Bundesjusos auf, sich statt der Aufweichung des Achtstundentages weiter für die 25-Stunden-Woche einzusetzen. Auf dem SPD-Debattenkonvent 2022 wurde auf Bundesebene bereits der Antrag „Mehr Zeit für das was zählt – Arbeitszeitverkürzung jetzt!“ beschlossen. Die hier von den Jusos geforderte Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 25 Stunden wurde damals angenommen. Im Kampf um Arbeitszeit wurde hiermit ein klarer Impuls für bessere Arbeits- und Freizeitbedingungen gesetzt. In dieser Tradition kommt eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeiten nicht in Frage. Im stetigen Kampf um Arbeitszeit und Lohn für diese, stehen die Jusos klar gegen die als „Flexibilisierung“ getarnte Verlängerung zur Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung. Für uns ist daher klar: eine Aufweichung des Achtstundentages darf es mit dieser Partei nicht geben. Dem aktuellen Klassenkampf von oben darf sich nicht gebeugt werden!~~ Die Bundesregierung plant eine angebliche „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit. Hinter dieser scheinbar modernen Idee verbirgt sich nichts anderes als ein Angriff auf den Achtstundentag – eine zentrale Errungenschaft der Arbeiter:innenbewegung. Statt einer verbindlichen täglichen Höchstarbeitszeit von acht Stunden soll künftig nur noch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 41 bis 48 Stunden gelten, die frei über die Tage verteilt werden kann. Das öffnet Tür und Tor für 10-, 12- oder gar 14-Stunden-Schichten. Schon heute ächzen viele Beschäftigte unter zu langen und unregelmäßigen Arbeitszeiten. In der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in vielen Schichtbetrieben sind Überstunden und extreme Dienste Alltag. Das Ideal des Achtstundentages – 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit, 8 Stunden Schlaf – ist längst aus dem Gleichgewicht geraten. Freizeit schrumpft, weil Arbeitswege und Pausen dazugerechnet werden müssen. Wer am Limit arbeitet, verliert wertvolle Zeit für Erholung, Familie, Engagement und Selbstbestimmung. Dabei ist der Schutz der Arbeitszeit nicht nur eine soziale, sondern auch eine betriebliche Notwendigkeit. Nach der achten Stunde steigt das Unfallrisiko rasant, die Fehlerquote nimmt zu, und die Gesundheit der Beschäftigten leidet. Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Burn-Out sind die Folgen. Längere Arbeitstage bedeuten keine höhere Produktivität – sie bedeuten erschöpfte Menschen. Jede Stunde über der achten ist ein Schritt hin zu mehr Ausfall, weniger Planbarkeit und steigenden Kosten für die Betriebe. Das Märchen, die deutsche Wirtschaft leide unter einer zu „faulen“ Bevölkerung, ist nichts als Klassenpropaganda. Es ignoriert Millionen unbezahlter Überstunden und die enorme Belastung vieler Beschäftigter. Wer ernsthaft über Arbeitszeiten sprechen will, muss über gerechte Verteilung von Arbeit sprechen. Dass Deutschland im europäischen Vergleich weniger Arbeitsstunden aufweist, liegt am hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten – meist Frauen –, die nebenbei unbezahlte Care-Arbeit leisten. Eine reale Verbesserung für diese Menschen entsteht nicht durch längere Arbeitszeiten, sondern durch bessere Betreuung, Pflegeangebote und faire Löhne. Die Geschichte unserer Bewegung zeigt: Fortschritt kam nie durch längeres Arbeiten, sondern durch erkämpfte Pausen und verkürzte Werktage. Schon 2022 hat der SPD-Debattenkonvent mit dem Antrag „Mehr Zeit für das, was zählt – Arbeitszeitverkürzung jetzt!“ den Weg zur 25-Stunden-Woche eingeschlagen. Daran halten wir fest. Dieser Weg ist Ausdruck unserer Überzeugung, dass Arbeit dem Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Die Jusos Thüringen fordern deshalb die SPD-Bundestagsfraktion, die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Bärbel Bas und die Bundesjusos auf,

- sich entschlossen auf allen Ebenen gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen jede gesetzliche Aufweichung des Achtstundentages einzusetzen und jede Ausweitung der täglichen Arbeitszeit klar abzulehnen.
- sich statt längerer Arbeitstage für den Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung – mit dem Ziel einer 25-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzusetzen.
- die Arbeitsbedingungen für Teilzeitkräfte deutlich zu verbessern: durch den Ausbau von Kinderbetreuung, Pflegeangeboten und gute Löhne statt längerer Arbeitszeiten.
- sich für eine moderne, solidarische Arbeitsgesellschaft einzusetzen, die Freizeit, Gesundheit und Lebensqualität über Profitinteressen stellt - ohne Zugeständnisse an den Koalitionspartner!

Begründung

Erfolgt mündlich.